

Rother Baron:

Verwalten statt gestalten

*Ein Blick in die Chefetagen
der deutschen Bildungsministerien*



Welche Qualifikationen benötigt man eigentlich für die Leitung eines deutschen Bildungsministeriums? Ein Blick auf die Biographien des aktuellen Führungspersonals und ihre bildungspolitische Agenda zeigt: Pädagogische oder bildungspolitische Qualifikationen sind dafür eher zweitrangig.

Inhalt

Einleitung: Ein Anforderungsprofil für bildungspolitisches Spitzenpersonal 4

Die Bildungspolitik als Machttrumpf der Länder.....	5
Fachliche Basisqualifikationen.....	6
Kommunikativ-organisatorische Basisqualifikationen	6
Anforderungen, die sich aus dem Ministeramt ergeben	7

Qualifikationen der aktuellen deutschen Bildungsministerinnen

und -minister 8

Baden-Württemberg	9
Bayern	10
Berlin.....	11
Brandenburg.....	13
Bremen	14
Hamburg	15
Hessen.....	17
Mecklenburg-Vorpommern.....	19
Niedersachsen	20
Nordrhein-Westfalen.....	21
Rheinland-Pfalz	22
Saarland	23
Sachsen	25
Sachsen-Anhalt	27
Schleswig-Holstein	29
Thüringen.....	31

Fazit: Zusammenfassende Bewertung der Qualifikationen.....	33
Mangelnde pädagogische Expertise bei bildungspolitischem Spitzenpersonal	34
Vergleich mit Qualifikationsprofilen in Justizministerien.....	34
Verwaltung statt Gestaltung von Bildung	35
Bildung als Macht- statt als Zukunftsfrage	37
<i>Nachweise</i>	38
<i>Bildnachweise zu den Porträtbildern.....</i>	43

Informationen über den Autor finden sich auf seinem Blog (rotherbaron.com) und auf Wikipedia.

Cover-Bild: Alexander Kliem: Thron (Pixabay)

Einleitung: Ein Anforderungsprofil für bildungspolitisches Spitzenpersonal

Angenommen, es gäbe eine neutrale Instanz zur Festlegung von Anforderungsprofilen für bildungspolitisches Spitzenpersonal – wie würde ein entsprechender Anforderungskatalog wohl aussehen?



Marcelo Russo de Oliveira: Daumenzeichen (Pixabay)

Die Bildungspolitik als Machttrumpf der Länder

Die Bildungspolitik liegt in Deutschland in der Verantwortung der Länder. Eifersüchtig wachen sie darüber, dass der Bund ihnen nicht in die Suppe spuckt.

Selbst Geldgeschenke des Bundes wurden lange Zeit als unzulässige Einmischung abgelehnt. Um sie zu ermöglichen, musste 2018 erst in einem langwierigen Verfahren das Grundgesetz geändert werden [1].

Die Entscheidungshoheit der Länder im Bereich der Bildung wirft zwei zentrale Fragen auf. Zum einen stellt sich die Frage, wie es mit den ebenfalls grundgesetzlich garantierten "gleichwertigen Lebensverhältnissen" in allen Teilen Deutschlands (GG, Artikel 72) vereinbar ist, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen hierzulande vom Machtrausch in der Provinz und parteipolitisch geprägter Bildungspolitik abhängig sind.

Zum anderen stellt sich natürlich auch die Frage, wie und ob die Länder ihrer Verantwortung im Bereich der Bildungspolitik gerecht werden. Um sie zu beantworten, ist ein Blick auf das Führungspersonal in den Bildungsministerien hilfreich. Schließlich spiegelt sich darin am unmittelbarsten der Wille wider, die übertragene Verantwortung für die Bildung der Heranwachsenden – und damit letztlich für einen, wenn nicht *den* entscheidenden Aspekt der Zukunft unserer Gesellschaft – ernst zu nehmen.

Fachliche Basisqualifikationen

Eine neutrale Instanz, die Kriterien für die Besetzung der Top-Jobs in den Bildungsministerien entwickeln sollte, könnte etwa folgendes Anforderungsprofil entwerfen:

- Einschlägiges Studium in Erziehungswissenschaft;
- Langjährige Berufserfahrung im pädagogischen Bereich;
- Bildungspolitische Aktivität, dokumentiert durch entsprechende Mitarbeit in Bildungsorganisationen und Verbänden;
- Besonderes pädagogisches Engagement, das die Orientierung am Ideal einer kindgerechten, humanen Bildung dokumentiert.

Kommunikativ-organisatorische Basisqualifikationen

Diese inhaltlichen Grundqualifikationen müssen ergänzt werden durch Kompetenzen, die sich aus der zu übernehmenden Leitungsfunktion der betreffenden Personen ergeben. Hierzu zählen etwa:

- die Fähigkeit, das komplexe Organisationsgefüge einer Bildungsbehörde bei allen Arbeitsschritten im Blick zu behalten;
- die Fähigkeit, die maßgeblichen Abteilungen an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen;
- die Fähigkeit, Kritik nicht als Majestätsbeleidigung anzusehen, sondern als wichtiges Korrektiv für die eigene Politik;
- die Fähigkeit, die eigenen Überzeugungen nach innen und nach außen zu vertreten, dabei aber immer dialog- und kritikbereit zu bleiben;

- die Fähigkeit, das Potenzial von Beschäftigten zu erkennen, es entsprechend zu fördern und einzusetzen.

Anforderungen, die sich aus dem Ministeramt ergeben

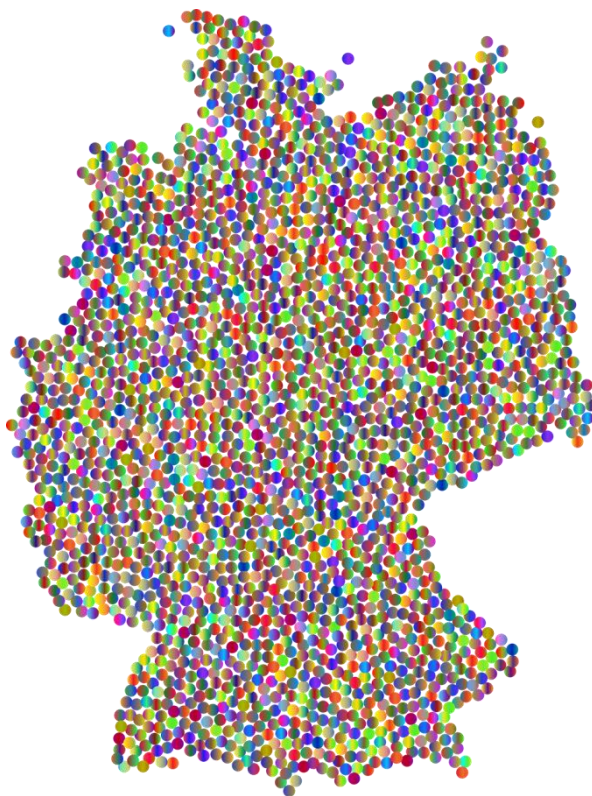
Hinzu kommen noch weitere Aspekte, die sich aus der Etymologie des Wortes "Minister" herleiten lassen. Die Wurzel in dem lateinischen Verb "ministrare" (dienen) verweist zunächst ganz allgemein darauf, dass Personen, die mit der Leitung eines Ministeriums betraut sind, nie arrogant und überheblich auftreten sollten. Stattdessen gehört es zu ihrem Anforderungsprofil, stets ein offenes Ohr für die Wünsche und Sorgen derjenigen zu haben, denen sie mit ihrer Arbeit dienen.

In einem Bildungsministerium ist dies doppelt wichtig, weil man hier mit der Verantwortung für die geistige Entwicklung junger Menschen betraut ist. Aus der Perspektive der Eltern betrachtet, trägt man Verantwortung für das Kostbarste, was diese haben.

Wer ein Bildungsministerium leitet, sollte sich deshalb stets Gesprächsbereit gegenüber Lernenden, pädagogischem Personal und Eltern zeigen. Vor allem aber sollten die betreffenden Personen den Kindern und Jugendlichen signalisieren, dass sie Freude am Umgang mit ihnen haben und alles dafür tun, ihnen den Weg in ein erfülltes Leben zu ebnen.

Qualifikationen der aktuellen deutschen Bildungsministerinnen und -minister

Das erstellte Anforderungsprofil dient im Folgenden als Maßstab für die Beurteilung der Qualifikationen des aktuellen Führungspersonals in den Bildungsministerien der einzelnen Bundesländer. Grundlage sind jeweils die von den Ministerien selbst ins Netz gestellten und auf allgemein zugänglichen Informationsportalen auffindbaren Biographien.



Gordon Johnson: Deutschland (Pixabay)

Baden-Württemberg

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport wird seit Mai 2021 von Theresa Schopper geleitet. Die 1961 in Füssen geborene Politikerin hat an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität ein Diplom in Soziologie erworben.



Nach dem Abschluss des Studiums war sie in verschiedenen Funktionen für die bayerischen Grünen tätig, u.a. als Geschäftsführerin, Landesvorsitzende, Landtagsabgeordnete und gesundheitspolitische Sprecherin. 2016 wurde sie zur Staatssekretärin im baden-württembergischen Kultusministerium ernannt, ehe sie nach den letzten Wahlen zur Ministerin aufgestiegen ist.

Außerhalb der Parteiarbeit verfügt sie über keinerlei berufliche Erfahrungen. Ihre Expertise im Bereich Pädagogik und Bildungspolitik basiert außer auf ihrer Schulzeit lediglich auf ihrer zeitweiligen Mitgliedschaft in einem Hochschul-Unterausschuss des Bayerischen Landtags.

Schopps Bildungspolitik ist dementsprechend kraftlos. Sie selbst bekennt sich zur Verwaltung des Status quo als "Grundlage für meine Arbeit" [2]. Sie erscheint damit als ultimative Totengräberin der zu Beginn der grün dominierten Regierungszeit in Baden-Württemberg mit viel Elan angekündigten pädagogischen und schulstrukturellen Reformen.

Entgegen ihrer Aussage, "nicht zurück zu der alten Dreigliedrigkeit" zu wollen [3], stärkt die Ministerin mit dem jüngsten Reformpaket eben diese Dreigliedrigkeit. Denn die Reform ermög-

licht es den Realschulen, Kooperationen mit den 200 "Werkrealschulen" des Landes einzugehen und die ihren Ansprüchen nicht genügenden Kinder dort unterrichten zu lassen. Dies entspricht einer Wiedereinführung der Hauptschule durch die Hintertür.

Zudem soll die Orientierungsstufe auf ein Jahr verkürzt werden, was den individuellen Entwicklungsspielraum der Kinder beschränkt [4].

Bayern



Das bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus wird seit den Wahlen im Herbst 2023 von Anna Stolz von den Freien Wählern geleitet. Die 1982 geborene Politikerin ist studierte Juristin. Nach dem Studium in Würzburg und Münster und dem Referendariat in Kassel war sie 2012/13 in Düsseldorf als Anwältin tätig.

2014 wurde Stolz als gemeinsame Kandidatin von Grünen, SPD, Freien Wählern und Freier Werntalliste Bürgermeisterin von Arnstein. Nachdem sie zunächst als Parteilose agiert hatte, trat sie 2018 den Freien Wählern bei, die sie als Direktkandidatin für den Wahlkreis Main-Spessart aufstellten.

Stolz wechselte in der Folge vom Bürgermeisterposten in den Bayerischen Landtag, wo sie auf Anhieb Staatssekretärin unter Kultusminister Michael Piazolo wurde. Von diesem Posten ist sie nach der letzten Wahl zur Ministerin aufgestiegen.

In ihrem ersten Amtsjahr als Ministerin ist Stolz vor allem durch eine fragwürdige Reaktion auf schlechte Ergebnisse in der jüngsten PISA-Studie [5] aufgefallen. So sollen die Fächer Kunst, Musik und Werken künftig zu einem Fach zusammengefasst werden, um in der Grundschule je eine zusätzliche Stunde in Deutsch und Mathematik anbieten zu können [6].

Anstatt auf neue Lehr-Lern-Konzepte zu setzen, wird also schlicht gehofft, durch "Mehr desselben" Verbesserungen erzielen zu können. Dass diese nicht eben kreative Herangehensweise an die Probleme auf Kosten der Kreativität geht, ist von einer traurigen Folgerichtigkeit.

Auch die Pläne zur Frühförderung setzen nicht auf verstärkte Binnendifferenzierung oder jahrgangsübergreifende Klassen, in denen Kinder sich mehr im eigenen Takt entwickeln können. Stattdessen sollen die betreffenden Kinder schlicht später eingeschult werden. Ob sie in den geplanten zusätzlichen Vorschulklassen angemessen gefördert werden können, ist aber angesichts des allgemeinen Mangels an pädagogischem Personal fraglich [7].

Berlin

Die Leitung der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird seit der Wiederholungswahl im Frühjahr 2023 von der Christdemokratin Katharina Günther-Wünsch geleitet.

Die 1983 in Dresden geborene Politikerin hat in ihrer Heimatstadt erst Humanmedizin und dann Chemie, Mathematik und



Geschichte für das Lehramt an Gymnasien studiert. 2013 nahm sie eine Tätigkeit als Gymnasiallehrerin und ab 2017 als stellvertretende Schulleiterin in Berlin-Neukölln auf.

Günther-Wünsch hat sich zunächst auf kommunaler Ebene in Marzahn-Hellersdorf für die CDU engagiert. Dort gewann sie bei der Abgeordnetenhauswahl des Jahres 2021 auch das Direktmandat für die CDU, das sie 2023 verteidigte. Vor ihrer Ernennung zur Bildungssenatorin war sie bildungspolitische Sprecherin ihrer Partei.

Die Politikerin verfügt somit fraglos über reichhaltige pädagogische und bildungspolitische Erfahrung. Der Anschein besonderen sozialen Engagements, der sich aus ihrer pädagogischen und politischen Arbeit in einem Berliner Brennpunktbezirk ergibt, hat sich allerdings in ihrem bisherigen Wirken im Berliner Senat nicht bestätigt.

So setzt sich Günther-Wünsch mit anderen Führungskräften des schwarz-roten Senats für die Abschaffung des kostenlosen Schulmittagessens ein [8]. Außerdem möchte sie den Zugang zum Gymnasium erschweren. In Zukunft soll hierfür der Notenschnitt in der Grundschule wieder eine größere Rolle spielen. Dabei soll den Kindern zudem die Möglichkeit genommen werden, schwächere Leistungen in den Hauptfächern durch bessere Noten in Nebenfächern zu kompensieren [9].

Damit wird ein Trumpf der bisherigen Berliner Bildungspolitik aus der Hand gegeben, der Berlin gerade erst in einer Studie des Ifo-Instituts bescheinigt worden ist. Demnach liegt Berlin beim Thema Chancengleichheit bundesweit an der Spitze: Nirgendwo ist es wahrscheinlicher, dass ein Kind aus benachteiligten Verhältnissen auf das Gymnasium wechseln kann [10].

Günther-Wünschs Berufung zur Bildungssenatorin müffelt zudem verdächtig nach Vetternwirtschaft: Sie ist die Lebensgefährtin des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner.

Brandenburg



Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg wird seit Mai 2023 von Steffen Freiberg geleitet. Der 1981 in Rostock geborene Politiker hat in seiner Heimatstadt Verwaltungswissenschaften und Anglistik studiert.

Seit 2006 war Freiberg in verschiedenen Funktionen für die SPD in Mecklenburg-Vorpommern tätig. Nachdem er zunächst als Referent der SPD-Fraktion für Umwelt, Verbraucherschutz und Rechtsextremismus angestellt war, wurde er 2008 zum Referatsleiter für Landtagsangelegenheiten in der Staatskanzlei und 2011 zum Büroleiter des damaligen Bildungsministers Mathias Brodtkorb ernannt.

Von 2016 bis 2021 wirkte Freiberg als Staatssekretär im Bildungsministerium von Mecklenburg-Vorpommern, gab dabei allerdings keine glückliche Figur ab. Die schleppende Umsetzung der Digitalisierungspläne und die überstürzte Einführung des Fachs Gesellschaftswissenschaften führten dazu, dass er im November 2021 in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde **[11]**.

Bereits zwei Monate später wechselte er aus dem Ruhestand in den brandenburgischen Staatsdienst. Dort war er zunächst als Staatssekretär im Bildungsministerium tätig, ehe er im Mai 2023

nach dem Rücktritt der bisherigen Bildungsministerin Britta Ernst zum Minister befördert wurde.

Freiberg verfügt über vielfältige Erfahrungen in der Bildungsbürokratie, besitzt jedoch keinerlei originäre pädagogische Expertise. Auch ist unverständlich, wie sein glückloses Agieren in Mecklenburg-Vorpommern ihn für Ministerwürden in Brandenburg qualifizieren soll.

Bremen



Bremer Senatorin für Kinder und Bildung ist seit Sommer 2021 Sascha Karolin Aulepp. Die 1970 in Hanau geborene Politikerin hat in Bremen und Liverpool Jura studiert. Danach arbeitete sie zwei Jahre lang als Rechtsanwältin und ab 2008 als Zivil- und Jugendrichterin.

Aulepp ist 2005 in die SPD eingetreten und seitdem auch parteipolitisch aktiv. Bereits im Jahr ihres Eintritts in die Partei rückte sie in den Mitarbeiterstab des damaligen Bürgermeisters Jens Böhrnsen auf. 2015 wurde sie Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft, 2016 Landesvorsitzende der SPD. In der Bürgerschaft betätigte sie sich u.a. als Vorsitzende des Rechtsausschusses und als justizpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Als Jugendrichterin hat Aulepp sich zwar mit den Problemen Heranwachsender auseinandersetzen müssen. Über eine spezielle pädagogische Ausbildung oder einschlägige Berufserfahrung im Bildungsbereich verfügt sie jedoch nicht.

Wohl auch deshalb wurde der neuen Ministerin als Staatsrätin Regine Komoss zur Seite gestellt, die als langjährige Leiterin des Schulamts Bremerhaven und als Geschäftsführerin des Zentrums für Lehrerbildung an der Universität Bremen über die nötige Expertise verfügte. Mit dieser überwarf sich Aulepp jedoch bereits wenige Monate nach der Übernahme ihres Amtes, woraufhin Komoss aus ihrem Amt ausschied [12].

Hamburg



Die Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung wurde von 2011 bis Anfang 2024 von dem studierten Gymnasiallehrer Ties Rabe geleitet.

Unter der Ägide des 1960 geborenen SPD-Politikers ist in Hamburg ein Unterstützungssystem für Schulen etabliert worden, das Schulentwicklung, Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Unterstützungsprogramme für die einzelnen Schulen eng aufeinander abstimmt. Dadurch können Synergieeffekte erzielt werden, deren konkrete Wirksamkeit durch ein systematisches Monitoring überprüft wird.

Das Schulsystem in Hamburg ist zudem stark auf sozialen Ausgleich ausgerichtet. Mittel- und Personalzuweisungen sind von den jeweiligen pädagogischen Herausforderungen abhängig, und die Stadtteilschulen eröffnen auch Kindern aus sozial unterprivilegierten Familien und mit erhöhtem Lernbedarf den Weg zum Abitur [13].



Im Januar 2024 trat Ties Rabe als Minister zurück und übergab sein Amt an Ksenija Bekeris. Die 1978 geborene SPD-Politikerin studierte in Hamburg zunächst ein paar Semester Medizin, ehe sie sich für Soziologie einschrieb.

Nach ihrem Studienabschluss war Bekeris in der Sprachförderung für Kinder tätig. 2014 absolvierte sie als Quereinsteigerin den Vorbereitungsdienst für die Lehrtätigkeit an Berufsschulen.

Bekeris ist seit 2008 ununterbrochen Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. 2011 wurde sie zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und sozialpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion gewählt. Die Politikerin gibt zudem in ihrem Ministerinnenprofil an, sich in ihrem Soziologiestudium auf die Themen Kinderarmut und Generationengerechtigkeit spezialisiert zu haben.

Für die politische Auseinandersetzung mit den für das deutsche Schulsystem zentralen Themen der Chancengleichheit und der sozialen Benachteiligung dürfte Bekeris also über die nötige Expertise verfügen. Durch ihre Sprachförderarbeit mit Kindern und den Vorbereitungsdienst für die Lehrtätigkeit an Berufsschulen verfügt sie zudem über pädagogische Erfahrungen. Ob diese Voraussetzungen allerdings ausreichen, um die Fußstapfen ihres Vorgängers auszufüllen, muss sich erst noch zeigen.

Hessen

Das Hessische Kultusministerium wird seit Januar 2024 – nach der Neubildung der Regierung im Anschluss an die Wahlen vom Oktober 2023 – von Armin Schwarz geleitet. Dieser hat das Amt von dem an die Spitze des Finanzministeriums gewechselten [Ralph] Alexander Lorz übernommen.



Der 1968 geborene CDU-Politiker hat in Marburg Englisch und Sozialkunde für das Lehramt an Gymnasien studiert. Im Anschluss an sein Studium war er von 1997 bis 2011 an Beruflichen Schulen tätig.

Schwarz hat sich zunächst kommunalpolitisch engagiert, ehe er 2011 als Nachrücker in den Hessischen Landtag einzog. Dort war er zehn Jahre lang aktiv, u.a. als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. 2021 wechselte er in den Deutschen Bundestag. Anfang 2024 legte er sein Bundestagsmandat nieder, um in Hessen das Kultusministerium zu übernehmen.

Als konservativer Politiker ist Schwarz ein typischer Vertreter des Leistungsgedankens. Dies zeigt sich beispielsweise an seinen Bestrebungen, die gerade erst reformierten Bundesjugendspiele wieder stärker auf den Wettkampfgedanken zu verpflichten [14]. Dabei beinhalten die Reformen keineswegs eine Abkehr vom Leistungsgedanken. Sie beziehen diesen lediglich nicht mehr auf abstrakte Leistungsnormen, sondern auf den für die Kinder eher

nachvollziehbaren Durchschnitt innerhalb ihrer Klasse oder Jahrgangsgruppe.

Auch dies beinhaltet für viele Kinder Frustrationen. Denn anstatt das zu würdigen, was sie mit ihren eigenen körperlichen Möglichkeiten erreichen können, zählt ihre sportliche Leistung nur dann etwas, wenn sie sie die anderer in den Schatten stellt. Angesichts zunehmender Übergewichtsprobleme von Kindern und Jugendlichen müsste jedoch alles vermieden werden, was Sport mit Frust und Enttäuschung assoziiert. Stattdessen sollte die Freude an körperlicher Bewegung im Vordergrund stehen.

Der Kritik an den angeblich nicht mehr ausreichend leistungsorientierten Bundesjugendspielen entspricht auch die Haltung des Ministers zum deutschen Schulsystem. Statt auf Inklusion und gemeinschaftliches Lernen setzt er auf "unser bewährtes gegliedertes Schulsystem" [15].

Auch hier stellt er also den Wettkampf- und Leistungsgedanken in den Vordergrund. Anstatt die Kinder und Jugendlichen durch die Orientierung an ihrem jeweiligen Potenzial zu motivieren, wird ein Großteil von ihnen durch den abwertenden Vergleich mit anderen frustriert und dadurch in seinen persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und Karrierechancen eingeschränkt.

Mecklenburg-Vorpommern



Das Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung von Mecklenburg-Vorpommern wird seit November 2021 von Simone Oldenburg geleitet. Die 1969 in Wismar geborene Politikerin, die im Kabinett von Manuela Schwesig zugleich als stellvertretende Ministerpräsidentin fungiert, hat in Leipzig ein Lehramtsstudium mit den Fächern Deutsch und Geschichte absolviert und

1996 das Zweite Staatsexamen für den Unterricht an Gymnasien abgelegt.

Oldenburg verfügt über langjährige Berufserfahrung als Lehrerin und Direktorin an Regionalen Schulen Mecklenburg-Vorpommerns. Dieser Schultyp reicht von der fünften bis zur zehnten Klasse, wobei die Lernenden – fächer- oder klassenspezifisch – zwischen einem Haupt- und einem Realschulzweig wählen können. Zuweilen ist den Regionalen Schulen auch eine Grundschule angegliedert.

Oldenburg hat sich zunächst auf kommunaler Ebene für die Partei *Die Linke* engagiert, ehe sie 2011 in den Landtag gewählt wurde. Seit 2016 hat sie die Fraktion geführt, 2018 wurde sie zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der Partei gewählt [16].

Als Bildungsministerin setzt Oldenburg sich u.a. für eine Stärkung der Ganztagschulen ein. Diese verfügen in Mecklenburg-Vorpommern über ein eigenes Budget, mit dem sie für Arbeitsgemeinschaften Kooperationspartner vor Ort gewinnen und ehrenamtliche Förderkräfte rekrutieren können. Zudem gibt es eine

spezielle Serviceagentur "Ganztätig Lernen", die den Schulen dabei hilft, Anschluss an die existierenden Unterstützungsnetzwerke zu finden [17].

Niedersachsen

Das niedersächsische Kultusministerium wird seit den letzten Wahlen im Herbst 2022 von Julia Willie Hamburg geleitet. Die 1986 in Hannover geborene Politikerin hat von 2004 bis 2008 in Göttingen Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik studiert, aber keinen Abschluss erworben.



Bei einem wichtigen schulpolitischen Thema – der Berufsorientierung – mangelt es der Ministerin folglich an Glaubwürdigkeit. Wenn sie etwa beklagt, "die Hälfte der jungen Menschen an Gymnasien" gebe an, sich noch nicht für einen bestimmten Berufsweg entschieden zu haben [18], klingt dies fast nach einer Erzählung aus ihrem eigenen Leben.

Hamburg war seit 2008 in verschiedenen Funktionen für die niedersächsischen Grünen tätig – zunächst als Sprecherin der Grünen Jugend, dann als Co-Landesvorsitzende, Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende.

Über berufliche Erfahrungen außerhalb der Parteiarbeit oder eine besondere Expertise in der Bildungspolitik verfügt Hamburg nicht. Vielleicht erhofft man sich frischen Wind von ihr, weil sie 2022 im Wahlkampf durch eine originelle Schreibweise des Bundeslandes, über dessen Bildungspolitik sie nun wacht, aufgefallen ist: Aus "Niedersachsen" wurde auf den Wahlplakaten in ihrem

Wahlkreis "Niedersachsen". Auf Instagram postete Hamburg seinerzeit ein Foto, auf dem sie stolz vor dem fehlerhaften Plakat posiert [19].

Nordrhein-Westfalen

Das Ministerium für Schule und Bildung wird seit den Wahlen des Jahres 2022 von Dorothee Feller geleitet. Die 1966 in Dorsten geborene CDU-Politikerin hat nach ihrem Jurastudium für die Bezirksregierung Münster gearbeitet. Dort stieg sie 2008 zur stellvertretenden Regierungspräsidentin auf, ehe ihr 2017 die Leitung der Bezirksregierung übertragen wurde.



Feller hat in Münster reichlich Verwaltungserfahrung gesammelt, ist bildungspolitisch jedoch ein unbeschriebenes Blatt. Ihre erste Initiative als Bildungsministerin ist denn auch verwaltungstechnischer Natur und betrifft ein Maßnahmenpaket zur Behebung des Lehrkräftemangels [20].

Der Schwerpunkt der Bildungspolitik liegt in Nordrhein-Westfalen ansonsten auf der Eliteförderung. So sind für die gymnasiale Oberstufe Reformen vorgesehen, die – etwa durch die Einführung alternativer Formen der Leistungsüberprüfung, die stärker auf Kreativität und selbstbestimmtes Lernen setzen – durchaus progressive Elemente enthalten [21].

Bei der Förderung benachteiligter oder behinderter Kinder bewegt sich die Landesregierung dagegen – wie der Interessenverband *mittendrin* kritisiert – eher "rückwärts statt vorwärts" [22]. So werden in Nordrhein-Westfalen immer mehr Kinder mit dem

Stempel "sonderpädagogischer Förderbedarf" versehen und noch immer neue Förderschulen eingerichtet.

Das Land verstößt damit – wie der zuständige UN-Fachausschuss festgestellt hat – gegen die von Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention. Diese sieht eine inklusive Förderung für alle Kinder an Regelschulen vor **[23]**.

Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Bildung des Landes Rheinland-Pfalz wird seit Mai 2016 von Stefanie Hubig geleitet. Die 1968 in Frankfurt am Main geborene SPD-Politikerin hat nach dem Jura-Studium (einschließlich Promotion) an der Universität Regensburg als Richterin und Staatsanwältin in Ingolstadt gewirkt.



Nach dem Wechsel ins Bundesjustizministerium wurde sie dort 2005 von der Referentin zur Referatsleiterin befördert. 2008 wechselte sie nach Rheinland-Pfalz, wo sie zunächst in der Staatskanzlei und dann im Justiz- und Verbraucherschutzministerium in leitender Funktion für verfassungs- und strafrechtliche Fragen zuständig war.

2014 wechselte Hubig als Staatssekretärin und Amtschefin in das damals von Heiko Maas geleitete Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, ehe sie 2016 von der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer zur Bildungsministerin ernannt wurde.

Hubig verfügt über keinerlei pädagogische Qualifikationen und ist vor ihrer Ernennung zur Bildungsministerin auch nicht durch besondere bildungspolitische Aktivitäten aufgefallen. Sie gilt aber dennoch als umsichtig agierende, dialogbereite Ministerin.

Anders als in manchen anderen SPD-regierten Bundesländern ist Hubigs Bildungspolitik zudem von einem klaren sozialen Engagement gekennzeichnet. Dies zeigt sich nicht zuletzt an ihrem un-zweideutigen Bekenntnis zur Inklusion und generell zum längeren gemeinsamen Lernen aller Kinder, wofür die rheinland-pfälzische Landesregierung bis 2026 250 neue Planstellen einrichten möchte [24].

Die Ministerin reagiert damit auch auf die Kritik an dem in Rheinland-Pfalz vorherrschenden Konzept zur Umsetzung der Inklusion. Das Land konzentriert sich dabei auf Schwerpunktschulen, statt – wie in anderen Bundesländern üblich – an allen Schulen Inklusion zu ermöglichen. Wie eine 2021 veröffentlichte Studie gezeigt hat, hat dies zu einer Verstärkung der sozialen Benachteiligung durch das Bildungssystem geführt [25].

Saarland



Das saarländische Ministerium für Bildung und Kultur wird seit 2019 von Christine Streichert-Clivot geleitet. Die 1980 in Saarbrücken geborene Politikerin hat von 1999 bis 2006 in Trier Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre studiert.

Seit 2006 ist Streichert-Clivot in verschiedenen Funktionen für die saarländische SPD tätig. Dabei hat sie sich im Bildungsministerium sukzessive von der Büroleiterin des Ministers über eine Stelle als Abteilungsleiterin bis zur Staatssekretärin und schließlich zur Ministerin hochgedient.

Über Berufserfahrung außerhalb der Parteiarbeit und der Tätigkeit im Ministerium verfügt Streichert-Clivot nicht. Ihre pädagogische Expertise beschränkt sich auf ein Fernstudium in Erwachsenenbildung an der Technischen Universität Kaiserslautern.

Entsprechend phantasielos ist die derzeitige saarländische Bildungspolitik. Schwerpunkt ist außer der Digitalisierung [26] die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium. In der aktuellen Situation schwächt dies die ebenfalls in neun Jahren zum Abitur führenden, dabei aber stärker auf soziale Integration setzenden Gemeinschaftsschulen.

Die Nutzung von Ressourcen zur Stärkung des Gymnasiums – für die Einführung von G 9 sind 150 neue Stellen eingeplant [27] – wiegt dabei umso schwerer, als im Saarland ein eklatanter Lehrkräftemangel herrscht, der durch die im Vergleich zu anderen Bundesländern schlechtere Entlohnung noch verstärkt wird [28]. Die Konzentration auf die Förderung der gymnasialen Bildung schwächt so gerade die Schulen in sozialen Brennpunkten, die dringend zusätzliches Personal bräuchten.

Sachsen

Das Sächsische Staatsministerium für Kultus wird seit 2017 von Christian Piwarz geleitet. Der 1975 in Dresden geborene CDU-Politiker nahm nach Ableistung des Wehrdienstes ein Jura-Studium an der TU Dresden auf. Im Anschluss an das Zweite Staatsexamen arbeitete er seit 2004 als Rechtsanwalt.



Piwarz trat bereits mit 17 Jahren in die Junge Union ein, für die er von 2003 bis 2009 Landesvorsitzender von Sachsen und Niederschlesien war. Daneben war er auf kommunalpolitischer Ebene für die CDU aktiv.

Nachdem er 2005 schon als Referent in der sächsischen Staatskanzlei tätig gewesen war, zog Piwarz 2006 erstmals in den sächsischen Landtag ein. Dort wirkte er während mehrerer Legislaturperioden im Innenausschuss und im Ausschuss für Schule und Sport mit. Außerdem war er Mitglied im sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss und in einem Untersuchungsausschuss zur Verwicklung sächsischer Politiker und Staatsbediensteter in kriminelle Netzwerke. Über eine fundierte pädagogische oder bildungspolitische Expertise verfügt er nicht.

Piwarz hat sich daher anfangs vor allem auf den Erhalt der bestehenden Schulstrukturen konzentriert. Diese bringen dem Land zwar bei den PISA-Vergleichsstudien regelmäßig vordere Plätze ein. Für die guten Leistungsnoten muss jedoch ein hoher sozialer Preis bezahlt werden: Außer in Bayern ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus benachteiligten Verhältnissen ein Gymnasium besuchen, nirgends geringer als in Sachsen [29].

Der Grund dafür ist auch, dass Gemeinschaftsschulen in Sachsen erst seit 2020 eingerichtet werden können. Die Hürden dafür sind zudem so hoch, dass es bis heute erst drei derartige Schulen gibt **[30]**. Die starke Selektion spiegelt sich in der Schulabbruchquote wider, die in Sachsen mit 7,8 Prozent so hoch ist wie in kaum einem anderen Bundesland **[31]**.

Eine Trendwende könnte durch ein ambitioniertes Projekt zur "Schule der Zukunft" eingeleitet werden, das bis 2030 schrittweise umgesetzt werden soll **[32]**. Das Strategiepapier ist das Ergebnis eines intensiven Beratungsprozesses mit Fachleuten, schulischen und kommunalen Entscheidungsträgern sowie Eltern und Lernenden an sächsischen Schulen.

Vorgesehen sind u.a. größere Freiräume für die Schulen. Diesen soll die Möglichkeit gegeben werden, mit eigenen Budgets zusätzliches Personal einzustellen und schulortsspezifische Lernangebote zu finanzieren. Auch alternative Leistungsbewertungen sollen zumindest als Ergänzung zu den bisherigen Ziffernnoten möglich sein.

Im Bereich des Lernens setzt das Konzept ebenfalls auf mehr Selbstbestimmung. So sollen Phasen selbstorganisierten Lernens eingerichtet und in regelmäßigen Klassenratssitzungen Probleme der Lernenden diskutiert werden. Das Lernen soll zudem vernetzter werden, indem die einzelnen Fächer stärker aufeinander bezogen werden. Auch soll Schlüsselkompetenzen wie dem Erwerb und der Anwendung von Wissen gegenüber der Vermittlung von Faktenwissen mehr Raum gegeben werden.

Ein weiteres wichtiges Reformelement ist die Förderung multiprofessioneller Teams an den Schulen. Gerade dieser Aspekt ist für die Förderung benachteiligter Kinder von entscheidender Be-

deutung, weil so die Hilfsmaßnahmen besser koordiniert werden können. Auch von den Plänen zur Förderung selbstbestimmtem Lernens könnten Kinder mit ungünstigeren häuslichen oder persönlichen Voraussetzungen profitieren, da dies die Binnendifferenzierung erleichtert.

Die Frage bleibt allerdings, ob die schönen Utopien die Klippe der nächsten Wahlen und der Bildungsbürokratie umschiffen oder – wie es schon so oft geschehen ist – daran zerschellen werden.

Sachsen-Anhalt

Das Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt wird seit September 2021 von Eva Feußner geleitet. Die 1963 in Naumburg an der Saale geborene Politikerin hat von 1981 bis 1985 an der Pädagogischen Hochschule Erfurt studiert und hat danach bis 1999 an der Sekundarschule Eckartsberga als Lehrerin gearbeitet.



Feußner hat sich zunächst auf kommunalpolitischer Ebene für die CDU engagiert. 1994 wurde sie in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt, wo sie im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur mitwirkte und 2002 zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden aufstieg. Ehe sie zur Ministerin ernannt wurde, war sie dreieinhalb Jahre als Staatssekretärin im Bildungsministerium tätig.

Feußner verfügt zwar über fachliche Qualifikationen, scheint aber bei der Leitung des von ihr geführten Ministeriums Defizite auf-

zuweisen. So haben sich im Januar 2023 Beschäftigte in einem anonym der Presse zugespielten Schreiben unter der Überschrift "Wir haben Angst" über das schlechte Betriebsklima in dem Ministerium beklagt.

Die Beschäftigten fühlen sich gleich in mehrfacher Hinsicht unter Druck gesetzt. Zum einen geben sie an, es werde von ihnen erwartet, selbst im Krankenstand oder Urlaub zur Verfügung zu stehen. Zum anderen seien kritische Anmerkungen unerwünscht. In einem Fall hätten diese sogar schon die Versetzung einer verdienten Mitarbeiterin zur Folge gehabt. 75 Prozent der Beschäftigten hielten die Zustände im Ministerium für untragbar und würden für eine Absetzung der Ministerin plädieren [33].

Darüber hinaus stehen Vorwürfe im Raum, in dem Ministerium würden Stellen an der Ausschreibung vorbei verschachert. In einem Fall soll es – nachdem entsprechende Anschuldigungen erhoben worden waren – sogar Aufforderungen gegeben haben, verräterische E-Mails in der Angelegenheit zu löschen [34].

Bei Lehrkräften und Lernenden steht die Ministerin ebenfalls in der Kritik. Auch von dieser Seite wird ihr mangelnde Wertschätzung vorgeworfen, die sich in einer unzureichenden Berücksichtigung von Reformvorschlägen und generell in einer schlechten Kommunikationskultur niederschläge [35].

Schleswig-Holstein



Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird seit Juni 2017 von Karin Prien geleitet. Die 1965 in Amsterdam geborene Politikerin hat in Bonn und Amsterdam Jura studiert und legte 1994 in Celle das Zweite Staatsexamen ab. Danach arbeitete sie als Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Wirtschafts- und Insolvenzrecht sowie als Fachanwältin für Handels- und Gesellschaftsrecht.

Prien trat bereits mit 16 Jahren in die CDU ein. Parteipolitisch aktiv war sie zunächst in der Hamburger Kommunalpolitik. Dort wurde Prien 2010 auch in den Landesvorstand gewählt und 2011 Mitglied der Bürgerschaft. 2021 stieg sie in den Bundesvorstand ihrer Partei auf.

In der Hamburger Bürgerschaft war Prien zwar schulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Sie verfügt jedoch weder über erziehungswissenschaftliche Qualifikationen noch über pädagogische Erfahrungen.

Priens hauptsächliche Affinität zur Schule scheint in einer gewissen oberlehrerhaften Attitüde zu bestehen. Als etwa ihre Kabinettskollegin Aminata Touré sich skeptisch zu einem Entwurf für "sichere Herkunftsländer" äußerte, erklärte sie, Touré handle aufgrund ihres Migrationshintergrunds nicht so "nüchtern und vernunftgesteuert" wie sie [36].

Dass ein solches Handeln von manchen auch als emotionale Kälte empfunden werden kann, zeigte sich während der Corona-Pandemie. Damals belehrte Prien besorgte Eltern, dass Kinder "*mit* COVID-19 und nur extrem selten *wegen* COVID-19 sterben würden" [37] – als hätte das für die Betroffenen einen Unterschied gemacht!

Auch dem Startchancen-Programm, mit dem die Bundesregierung die Bildungsmöglichkeiten von sozial unterprivilegierten Kindern verbessern möchte, erteilte Prien eine schlechte Note – und blieb dem angesetzten Bildungsgipfel, zusammen mit anderen CDU-geführten Kultusministerien, gleich ganz fern [38].

Wie ihr hessischer Parteikollege Armin Schwarz ist Prien stark der konservativen Leistungsideologie verhaftet. Wie Schwarz (s.o.) fordert sie daher für die Bundesjugendspiele eine Abkehr von den gerade erst eingeführten Reformen und eine Rückkehr zum Wettkampfgedanken [39]. Dabei beinhalten die Reformen keineswegs eine Abkehr vom Leistungsgedanken. Sie beziehen diesen lediglich nicht mehr auf abstrakte Leistungsnormen, sondern auf den für die Kinder eher nachvollziehbaren Durchschnitt innerhalb ihrer Klasse oder Jahrgangsgruppe.

Thüringen

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wird seit 2017 von Helmut Holter geleitet. Der 1953 im südlich von Schwerin gelegenen Ludwigslust geborene Politiker schloss 1976 sein Studium am Moskauer Institut für Bauwesen als Diplom-Ingenieur für Betontechnologie ab.



Mit dieser Qualifikation trat er in den *VEB Beton Nord* im brandenburgischen Milnersdorf ein, wo er 1979 zum Produktionsleiter aufstieg. Seit 1987 war er für die SED-Bezirksleitung Neubrandenburg tätig, wo er die Abteilung Bau, Verkehr und Energie leitete.

Von 1985 bis 1987 hielt sich Holter erneut in Moskau auf, wo er an der Parteihochschule der KPdSU ein Postgraduiertenstudium in Gesellschaftswissenschaften absolvierte.

Holter, der mit 20 Jahren in die SED eingetreten war, fungierte für die Nachfolgeorganisation dieser Partei, die PDS, von 1991 bis 2001 als Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern. Für die Partei *Die Linke* zog er 2011 und 2016 als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf.

Holter zog 1994 erstmals in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein. Für die Partei *Die Linke* fungierte er zunächst als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ehe er 2009 an die Spitze der Fraktion gewählt wurde.

Unter dem Thüringer SPD-Ministerpräsidenten Harald Ringstorff wurde Holter 1998 Minister für Arbeit und Bau und amtierte zu-

gleich als Stellvertretender Ministerpräsident. 2002 wurde sein Ministerium um den Bereich "Landesentwicklung" erweitert. Dieses führte Holter bis 2006, als die SPD eine Koalition mit der CDU einging. Danach wechselte er wieder in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Als Arbeits- und Bauminister war Holter aufgrund seiner Qualifikationen und beruflichen Erfahrungen sicherlich bestens geeignet. Für ein bildungspolitisches Amt verfügt er jedoch über keinerlei einschlägige Qualifikationen.

Nichtsdestotrotz muss Holter zugestanden werden, dass seine Bildungspolitik sich durchaus am Ideal einer humanen Schule und Pädagogik orientiert. Dies zeigt sich etwa an seinem Bekenntnis zur Abschaffung der Noten in Sport, Musik und Kunst. Holter möchte damit verhindern, dass den Lernenden durch schlechte Leistungsbewertungen die Motivation für körperliche Bewegung und kreative Betätigung genommen wird **[40]**.

Seine eigenen Erfahrungen in Produktion und Bauwirtschaft erleichtern es Holter zudem, Strategien zur Berufsorientierung zu umzusetzen. So hat er zuletzt die Idee der "Praxistage" ausgeweitet, bei denen in der achten und neunten Klasse auf vier Tage Unterricht ein Tag in einem Betrieb folgt. Die vier Praktikumsstationen sollen dabei Erfahrungen in verschiedenen Arbeitsbereichen vermitteln und so die Berufswahl erleichtern **[41]**.

Fazit: Zusammenfassende Bewertung der Qualifikationen

Eine neutrale Prüfkommision könnte der Besetzungspraxis für die bildungspolitischen Spitzenposten leider keine guten Noten erteilen. Lediglich in einem Viertel der Fälle kann von einer Passung zwischen Anforderungsprofil und vorhandenen Qualifikationen ausgegangen werden.



Luisella Planeta: Daumen runter (Pixabay)

Mangelnde pädagogische Expertise bei bildungspolitischem Spitzenpersonal

Schauen wir uns nun abschließend an, wie die Qualifikationen der Personen an der Spitze der einzelnen Bildungsministerien in den Ländern zu dem eingangs formulierten Anforderungsprofil passen.

Lediglich in vier Fällen – in Berlin, Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern – kann von einer weitgehenden Übereinstimmung von Qualifikationen und Anforderungsprofil ausgegangen werden. In allen anderen Fällen stimmen beide entweder nur zum Teil oder gar nicht überein.

Natürlich sagt dieser Befund nicht unmittelbar etwas über die Qualität der Arbeit in den Ministerien aus. Schließlich ist es durchaus denkbar, dass mangelnde Qualifikationen durch die Fähigkeit, zuzuhören und sich mit kompetenten Personen zu umgeben, ausgeglichen werden. So können auch fachfremde Personen mit der Zeit in ihre Aufgabe hineinwachsen.

Umgekehrt bedeutet das Vorhandensein pädagogischer Qualifikationen nicht notwendigerweise, dass jemand zur Leitung eines Ministeriums befähigt ist oder auch nur ein kindgerechtes, zukunftsweisendes Konzept von Bildung vertritt – andernfalls hätte es nie eine Schwarze Pädagogik gegeben.

Vergleich mit Qualifikationsprofilen in Justizministerien

Dies gilt allerdings auch für andere Tätigkeitsbereiche. Wer Jura studiert hat, wird dadurch nicht automatisch zu einem Engel der Gerechtigkeit – wie uns etwa die NS-Justiz lehrt. Dennoch wird

bei der Besetzung der Top-Jobs in den Justizministerien weit eher auf einschlägige Qualifikationen geachtet.

In 13 von 16 Bundesländern verfügen die Personen an der Spitze der Justizministerien nicht nur über ein einschlägiges Studium, sondern auch über teils hochkarätige Berufserfahrungen im Bereich der Justiz. Lediglich in Hamburg, Sachsen und Thüringen ist dies nicht oder nur eingeschränkt der Fall.

Auch wenn dies zum Teil an dem Zuschnitt der Ministerien liegt, ist doch interessant, dass die Justizministerien in allen drei Bundesländern von Politikerinnen der Grünen geleitet werden. Denn diese legen auch bei der Besetzung der Bildungsministerien – die sie aktuell in Baden-Württemberg und Niedersachsen leiten – von allen Parteien den geringsten Wert auf eine einschlägige Ausbildung und Berufserfahrung.

Verwaltung statt Gestaltung von Bildung

An der Spitze der Bildungsministerien ist eine einschlägige – in diesem Fall schulpädagogische – Qualifikation nur in einem Viertel der Länder (Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt) vorhanden. Dies mag auch an dem verbreiteten Vorurteil liegen, dass von Schule alle etwas verstünden, weil wir schließlich alle irgendwann einmal die Schulbank gedrückt haben.

Bei Menschen, die noch nie einen Blick auf die detaillierten Ausbildungspläne angehender Lehrkräfte geworfen und die Tücken des Klassenunterrichts noch nie aus der Perspektive der Lehrenden erlebt haben, mag das verständlich sein. Bei jenen, die für die Besetzung der Führungsetagen in den Bildungsministerien verantwortlich sind, sollte das jedoch anders sein. Hier müsste

man eigentlich wissen, dass der Besuch des Schulunterrichts einen genauso wenig zum Unterrichten befähigt, wie wir als Anwalt arbeiten können, wenn wir einmal einen konsultiert haben.

Wenn bei der Besetzung der Chefetagen in den Bildungsministerien auf Qualifikation geachtet wird, so handelt es sich hierbei jedoch weniger um pädagogische als um juristische und verwaltungstechnische Qualifikationen. Diese sind in 7 der 16 untersuchten Ministerien vorherrschend.

Dies lässt auch Rückschlüsse darauf zu, worum es in der Bildungspolitik hierzulande in erster Linie geht. Im Vordergrund stehen nicht Visionen einer humaneren, kindgerechteren Bildung oder gar Überlegungen zu einer sozial gerechten Schulstrukturreform, die regelmäßig in der Friedhofsruhe eines angeblichen "Schulfriedens" beerdigt werden. Angestrebt wird stattdessen eher die möglichst geräuschlose, juristisch saubere Verwaltung des Status quo.

Damit soll nicht gesagt sein, dass in den Bildungsministerien keine Reformvorschläge entwickelt werden. Wie die vorliegende Analyse gezeigt hat, gibt es durchaus Bundesländer, in denen die Reformideen über das übliche Herumdrehen an den Stellschrauben des bildungspolitischen Status quo hinausreichen.

Zum einen versanden die innovativen Ideen jedoch immer wieder in dem alles zermahlenden Räderwerk der Bildungsbükratie. Zum anderen widersprechen Reformen, die an die Grundlagen des deutschen Schulsystems und Bildungsverständnisses heranreichen, auch dem Geist der politischen Stellenbesetzungen.

Bildung als Macht- statt als Zukunftsfrage

Dies wäre anders, wenn für die Besetzung der Chefposten in den Ministerien weniger parteipolitische Stromlinienförmigkeit als vielmehr bildungswissenschaftliche Qualifikationen, pädagogische Erfahrungen und vor allem bildungspolitische Visionen maßgeblich wären. Eben dies ist aber offenbar nicht gewollt. Es scheint, als würde sich die Politik in vorseilendem Gehorsam an die vermutete Erwartungshaltung der breiten Bevölkerung anpassen, um bei künftigen Wahlen nicht für allzu großen Reformeifer abgestraft zu werden.

Am weitesten entfernt von einer qualifikations- und kompetenzorientierten Auswahl des bildungspolitischen Spitzenpersonals ist in den untersuchten Fällen das Land Niedersachsen. Eine Studienabbrecherin, der ausgerechnet die Leitung des Bildungsministeriums übertragen wird – deutlicher kann man die Geringschätzung für die Bildung kaum zum Ausdruck bringen.

Wenn trotz einer solchen demonstrativen Abwertung des Lernens und Lehrens so hartnäckig an der Entscheidungshoheit der Länder im Bildungsbereich festgehalten wird, lässt das nur einen Schluss zu: Der eigene Machtanspruch wird höher gewichtet als die Sorge um die geistige Entwicklung der heranwachsenden Generation – und damit um die Zukunft unserer Gesellschaft.

Nachweise

- [1] Vgl. die Pressemitteilung des Deutschen Bundestags vom 26. September 2018: [Grundgesetzänderung soll mehr Investitionen in Bildung ermöglichen](#).
- [2] Zit. nach Henkel-Waidhofer, Johanna: [Bildungspolitik in BW: Elf verlorene Jahre](#). In: *Kontext: wochenzeitung*, 2. November 2022.
- [3] Zit. nach Henkel-Waidhofer, Brigitte Johanna: [Bildungsreform: Die Schullandschaft wird neu justiert, Details sind noch offen](#). Staatsanzeiger.de, 24. Juli 2024.
- [4] Vgl. ebd.
- [5] Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland: [Neue Pisa-Studie: Deutsche Schüler schneiden so schlecht ab wie nie](#); rnd.de, 5. Dezember 2023. Die vollständige Studie kann auf der Website der OECD abgerufen werden: [PISA 2022](#); oecd.org.
- [6] Günther, Anna: [Grundschule in Bayern: Es trifft Kunst und Musik](#). Süddeutsche Zeitung, 27. Februar 2024.
- [7] Vgl. ebd.
- [8] Brehmer, Marten: [Kostenloses Schulessen: Sparen bei den Kleinsten](#). Neues Deutschland, 15. Juli 2024.
- [9] Dpa: [Günther-Wünsch: Strengere Regeln für Übergang ins Gymnasium](#). Süddeutsche Zeitung, 1. März 2024.
- [10] Ifo-Institut: [Bildungschancen unterscheiden sich deutlich zwischen den Bundesländern](#). Pressemitteilung vom 13. Mai 2024, mit Link zur Studie.
- [11] Im Vorfeld der Landtagswahlen des Jahres 2021 kritisierte die damalige Oppositionspolitikerin und jetzige Bildungsministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Simone Oldenburg, die seinerzeit das Land regierende Große Koalition aus SPD

und CDU außerdem für die zu geringen Investitionen in die Bildung, die hohe Anzahl von Lernenden pro Lehrkraft und die schleppende Abrufung der Gelder aus dem Digitalpakt, mit dem der Bund die Länder bei der Anpassung an die Bildung in der digitalen Welt unterstützt (vgl. Becker, Andreas: [Vernichtendes Zeugnis für die MV-Regierung](#). Nordkurier/dpa, 3. August 2021).

- [12] In einer Pressemitteilung der Senatspressestelle wird die Beendigung der Zusammenarbeit zwischen Aulepp und Komoss salomonisch damit begründet, dass "die Zusammenarbeit und die thematischen Schwerpunkte nicht den gegenseitigen Erwartungen entsprachen" (vgl. Senatorin für Kinder und Bildung: [Personeller Wechsel an Behördenspitze der Senatorin für Kinder und Bildung](#); 30. März 2022).
- [13] Ein guter Überblick über das [Schulsystem in Hamburg](#) findet sich auf studienkreis.de; vgl. ferner den unter [2] zitierten Artikel von Henkel-Waidhofer.
- [14] Vgl. Scheid, Christoph: [Kultusminister will wieder mehr Wettkampf bei Bundesjugendspielen](#). Hessenschau, 27. Juni 2024.
- [15] Hessisches Kultusministerium: [Stärkung der Schulen. Minister Schwarz spricht im Landtag](#); kultus.hessen.de, 7. Februar 2024.
- [16] Zu Oldenburgs bildungspolitischen Initiativen als Oppositionspolitikerin vgl. [11].
- [17] Vgl. das Interview mit Simone Oldenburg auf ganztagsschulen.org, geführt von Stephan Lücke: [Ganztag in Mecklenburg-Vorpommern: ein guter Mix](#); 20. Oktober 2022.
- [18] Zit. nach Dörner, Barbara: [Julia Hamburg will berufliche Orientierung optimieren](#); nw-ihk.de, 7. März 2024.

- [19] Vgl. *Der Spiegel*: [Häme für fehlerhaftes Grünen-Wahlkampfplakat](#): "Wenn die Spitzenkandidatin nicht mal das Land buchstabieren kann, sollte sie es nicht regieren"; 11. August 2022.
- [20] Schulministerium.nrw: [Handlungskonzept Unterrichtsversorgung](#); 14. Dezember 2022.
- [21] Pressemitteilung des Kultusministeriums Nordrhein-Westfalen: [Schulministerin Feller: Wir machen die Oberstufe zukunftsfit](#); land.nrw, 29. Mai 2024.
- [22] Mittendrin.ev: Inklusive Bildung in NRW: rückwärts statt vorwärts. Bildungsklick.de, 22. März 2024.
- [23] Vgl. ebd.
- [24] Dpa: [Bildungsministerin Hubig: "Inklusion ist ein Menschenrecht"](#). *Saarbrücker Zeitung*, 24. Mai 2023.
- [25] Zu der Studie vgl. Helbig, Marcel / Steinmetz, Sebastian: [Gemeinsamer Unterricht auf Kosten der sozialen Inklusion?](#) Analyse der sozialen Lage in inklusiven Schulen am Beispiel der Schwerpunktschulen in Rheinland Pfalz. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 24 (2021), S. 1355 – 1378; zusammenfassende Pressemitteilung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zu der Studie: [Die Überlast der Schwerpunktschulen](#); 29. November 2021.
- [26] Die unpädagogische, auf die Ausstattung mit digitalen Endgeräten fokussierte Anknüpfung an die Bildung in der digitalen Welt ist von Bildungsforschern für ihre mögliche kontraproduktive Wirkung kritisiert worden (vgl. Zierer, Klaus / Gottfried, Thomas: Schulbildung im Saarland: [Digitaler Holzweg](#). Zeit.de, 8. Januar 2023).
- [27] Vgl. Dpa: [Ministerin weist Kritik an Planung von G 9 zurück](#). *Süddeutsche Zeitung*, 8. Dezember 2022.

- [28] Vgl. Prommersberger, Teresa: Lehrkräftereserve am Limit: [Droht Unterrichtsausfall im Saarland?](#) *Saarbrücker Zeitung*, 28. September 2022.
- [29] Ifo-Institut: [Bildungschancen unterscheiden sich deutlich zwischen den Bundesländern](#). Pressemitteilung vom 13. Mai 2024, mit Link zur Studie.
- [30] Vgl. Pritzkow, Katharina / Tominski, Katrin: [Schule in Sachsen: Zwischen Bestnoten und Baustellen in der Bildung](#). MDR Sachsen, 11. Januar 2023.
- [31] Vgl. INSM-Bildungsmonitor 2022: [Wo stehen die Bundesländer beim Bildungscheck?](#); hier zit. nach ebd.
- [32] Reelfs, Dirk: [Kultusminister stellt Plan für Schule der Zukunft vor](#). Pressemitteilung des sächsischen Kultusministeriums; bildung.sachsen.de, 16. Mai 2024.
- [33] Frohmüller, Lars: [Anonymer Brief wirft schlechtes Licht auf Bildungsministerium](#); MDR Sachsen-Anhalt, 19. Januar 2023.
- [34] Frohmüller, Lars: Fragwürdige Email: Gelöschte Daten und was wusste Ministerin Feußner? MDR, 16. Februar 2024.
- [35] Wittstock, Uli: [Warum die Zukunft von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt bedroht ist](#); MDR Sachsen-Anhalt, 16. Februar 2023; vgl. auch MDR Sachsen-Anhalt: [Offener Brief wegen Lehrermangel: Ministerin irritiert](#); 20. März 2024.
- [36] Zit. nach Wimmer, Christopher: [Karin Prien: die Unverständene](#); nd-aktuell, 14. Juni 2023.
- [37] Zit. nach Weisband, Martina: [Debatte um Bildungsministerin Prien: Mehr als ein Shitstorm](#). Deutschlandfunk, 15. Februar 2022.
- [38] Vgl. Fokken, Silke: Prien gegen Stark-Watzinger: ["Der Bund hat keine Fachkompetenz in Sachen Bildung"](#). *Der Spiegel*,

11. Mai 2023. Bezieht man Priens Satz auf die Bundesbildungsministerin, die FDP-Politikerin Bettina Stark-Watzinger, so hat er wohl seine Berechtigung – Stark-Watzinger ist Diplom-Volkswirtin und spiegelt so die wirtschaftsorientierte Bildungsauffassung der FDP wider. Allerdings ließe sich der Vorwurf der fehlenden Fachkompetenz ebenso auf die gelernte Juristin Prien beziehen.

- [39] Spiegel.de: Sport in der Grundschule: [Prien will mehr Wettkampfcharakter bei Bundesjugendspielen](#); 16. Juli 2024.
- [40] Vgl. Dpa: [Kontroverse Debatte über geplantes Schulgesetz in Thüringen](#). *Süddeutsche Zeitung*, 9. Dezember 2022. Der [Entwurf des neuen Schulgesetzes](#) wurde vom Thüringer Bildungsministerium am 28. Juni 2023 vorgestellt.
- [41] Dpa: [Wie zu DDR-Zeiten: Praxistage für Schüler – "Interesse groß"](#). Zeit online, 10. Mai 2024.

Bildnachweise zu den Porträtbildern

1. Björn Lączay: Theresa Schopper (Mai 2006)
2. Matthias Balk: Porträtaufnahme von Anna Stolz (4. Januar 2024); Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
3. Sandro Halank: Katharina Günther-Wünsch bei der Wahl des Regierenden Bürgermeisters am 27. April 2023
4. Bildungshaus am Meer, Heimvolksschule Lubmin/Mecklenburg-Vorpommern: Steffen Freiberg bei der Übergabe des Förderbescheids (Ausschnitt); heimvolkshochschule.de, 19. April 2018
5. Karsten Mosebach / Foto AG Gymnasium Melle: Sascha Karolin Aulepp (September 2015)
6. SPD Hamburg: Ties Rabe bei einem Bürger-Dialog am 26. September 2012
7. Ksenija Bekeris bei einer Feier zur Begrüßung neuer Lehrkräfte für den Vorbereitungsdienst; Screenshot aus dem Hamburg-Journal des NDR vom 1. Februar 2024: [Hamburgs Schulsenatorin begrüßt neue Referendare](#)
8. Sven Teschke: Armin Schwarz (Februar 2016)
9. Steffen Prößdorf: Simone Oldenburg (Juni 2013)
10. Ralf Roletschek: Julia Willie Hamburg bei der konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 19. Februar 2013
11. Christallkeks: Dorothee Feller bei ihrer Amtseinführung als Regierungspräsidentin des Regierungsbezirks Münster am 31. August 2017
12. Sven Teschke: Stefanie Hubig (November 2016)

13. A. Josef Dembecher: Christine Streichert-Clivot bei der Eröffnungsfeier der Urban Art Biennale im Weltkulturerbe Völklinger Hütte am 30. April 2022
14. Steffen Prößdorf: Christian Piwarz (Dezember 2013)
15. Ailura: Eva Feußner (Dezember 2012)
16. N-Lange.de: Karin Prien Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Itzehoe am 30. Januar 2022
17. Sandro Halank: Helmut Holter beim Rennrodel-Weltcup in Oberhof am 2. Februar 2020

Alle Bilder – soweit nichts anderes angegeben – von Wikimedia commons